

Ab durch die Mitte

Parlament Eine Auswertung der Abstimmungen im Nationalrat zeigt: Die politische Mitte ist ein dynamisches Gebilde. Die Parteien zwischen den Polen positionieren sich je nach Politikbereich unterschiedlich. Einzig die FDP steht konsequent rechts der Mitte.

Hannes Weber

Als das Parlament um die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative gerungen hat, war ihm die Aufmerksamkeit der Medien sicher. Das wusste auch Gerhard Pfister, der seine CVP öffentlichkeitswirksam auf eine schärfere Umsetzung des Gesetzes trimmte. Die konservative Allianz mit der SVP hat seit 2015 in gesellschaftspolitischen Fragen an Bedeutung gewonnen. Ganz anders in der Sozialpolitik. Beispiel Altersvorsorge 2020: Als die Befürworter im Nationalrat auf genau 101 Stimmen kamen, um die nötige Mehrwertsteuererhöhung durch den Nationalrat zu bringen, verdankten sie das BDP, GLP – und CVP. Mitte-links triumphierte.

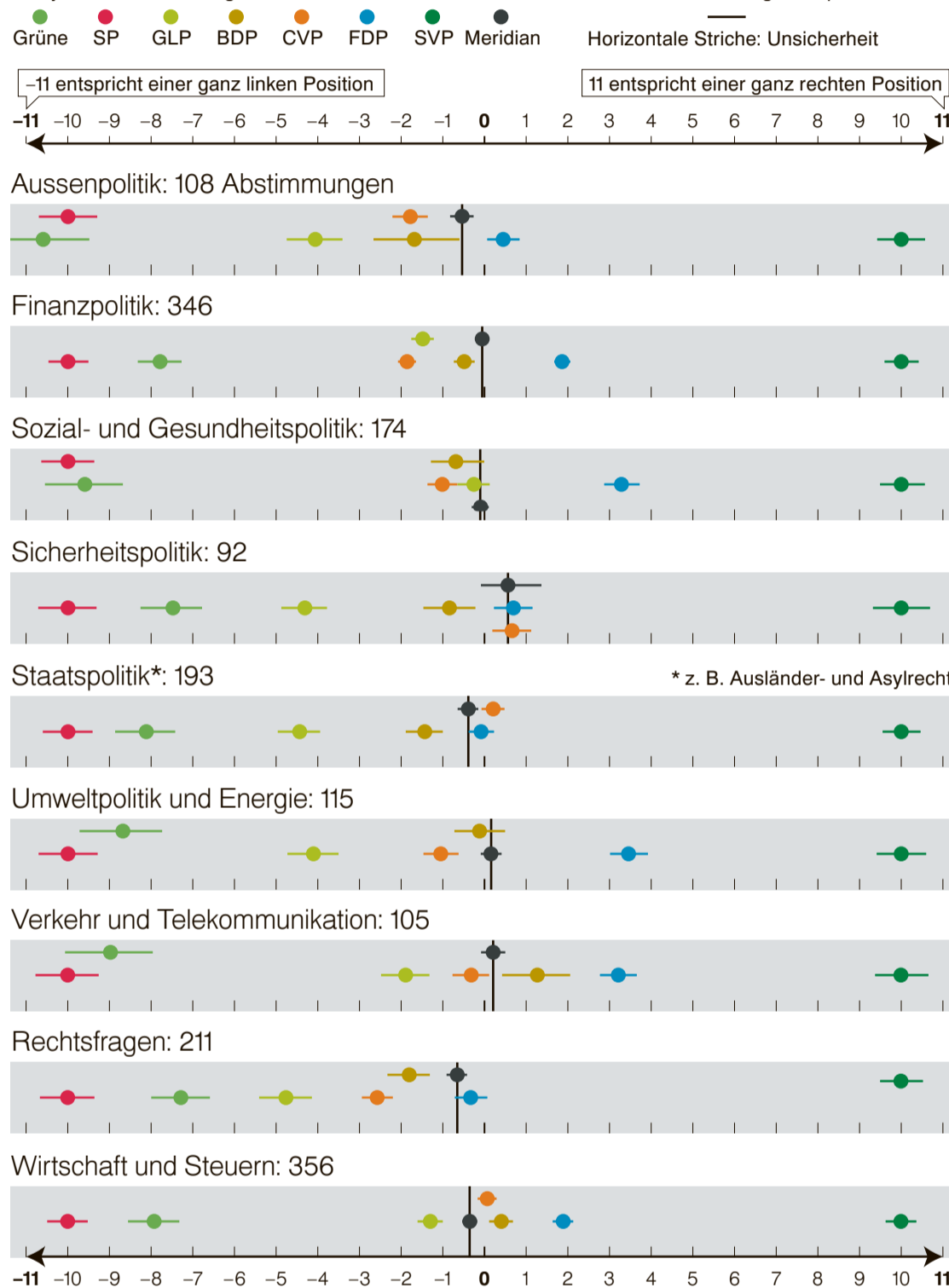
Die Etiketts Mitte, Mitte-links und Mitte-rechts variieren je nach Politikbereich. Das zeigen diese Beispiele. Und das bestätigt eine Analyse, die das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich für diese Zeitung durchgeführt hat. Um die politische Positionierung anhand von Themen auszuwerten, haben Lucas Leemann und Garret Binding sämtliche Abstimmungen der ersten Hälfte der laufenden Legislatur analysiert.

Ringens um Positionierung

An den Polen sind die Verhältnisse klar. Die SVP ist über alle Bereiche hinweg mit Abstand die am weitesten rechts stehende Fraktion. Auf der Gegenseite steht die SP und in der Aussenpolitik die Grünen am linken Rand. Doch dazwischen ist das Bild dynamisch. Während die FDP in vielen Bereichen allein rechts der Mitte steht, positioniert sie sich in der Sicherheits- und Staatspolitik ähnlich wie die CVP. Es sind Themen wie die Ausländerpolitik, aber auch Armeefragen, in denen ein beträchtlicher Teil der CVP konservativer stimmt als in sozialen Fragen und Finanzthemen, wo die Fraktion eine Position am linken Rand der Mitte einnimmt.

So positionieren sich die Fraktionen je nach Thema

Analyse des Abstimmungsverhaltens aller Nationalräte in der ersten Hälfte der 50. Legislaturperiode.



Grafik: mrue/Quelle: Universität Zürich, Institut für Politikwissenschaft

Die CVP ringt seit längerem mit ihrer Positionierung. Steht sie in einer christlichsozialen Tradition? Oder vielmehr in einer christlich-konservativen? Letztere versucht der gestärkte rechte Flügel um Parteipräsident Gerhard Pfister zur dominierenden Zürcher Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Sie zeigt sich überzeugt, dass die CVP bei den nächsten Wahlen gewinnen könnte – wenn der sozialliberale Flügel gestärkt würde.

Die Parteispitzen versuchten, Flügelkämpfe als Zeichen für eine offene Parteikultur darzustellen, sagt Georg Lutz, Politologe an der Universität Lausanne. «Flügelkämpfe sind heute aber vor allem eines: ein Problem.» Die Partei wird als zerstritten wahrgenommen. Eine erfolgreiche Partei müsse Themen besetzen und sich geschlossen dazu positionieren.

Kein Juniorpartner der SVP

Die CVP hat sich an dieser Themenstellung immer wieder versucht: mit der Familienpolitik, mit einer Volksinitiative zu Gesundheitsprämien – und seit Gerhard Pfister auch mit wertkonservativer Gesellschaftspolitik. Aber viele dieser Themen wurden kaum als genuine CVP-Themen verstanden.

Etwas besser ist die Situation bei der FDP, der zweiten grossen Partei zwischen den Polen: «Die Freisinnigen haben sich als liberale Kraft rechts der Mitte positioniert und dabei nicht den Fehler begangen, zum Juniorpartner der SVP gemacht zu werden», sagt Lutz. Dies zeigt sich auch in der Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich: Die FDP ist in fast allen Bereichen die am weitesten rechts stehende Partei im Zentrum, aber immer mit deutlichem Abstand zur SVP.

Das Gegenstück ist die GLP, die

meist eine Position links der Mitte einnimmt. Ausser in Finanzthemen, Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder bei der Bildung: Hier ist die GLP restriktiver und lässt sich der bürgerlichen Mitte zuordnen. Liberal heisst dann oft: wirtschaftsliberal. Das Beispiel Altersvorsorge verdeutlicht dies. Während Mitte-links inklusive CVP einer Erhöhung der AHV um 70 Franken zugestimmt hatte, war die GLP dagegen. Erst kurz vor der Schlussabstimmung schluckte sie zugunsten eines Kompromisses die «bittere Pille», wie es Fraktionschefin Tiana Angelina Moser beschrieb.

Es sind solche Kompromisse, die in Zukunft schwieriger werden dürften, sollte die CVP weiter geschwächt werden. Sowohl links wie auch rechts bewegen sich auf die Mitte zu, wenn sie Erfolg wittern. Die CVP erhebt etwa den Anspruch, Erfinderin der Verknüpfung von AHV-Sanierung und Unternehmenssteuerreform zu sein, die die Hürde im Ständerat genommen hat. Eine Reform der Altersvorsorge kommt nicht um die CVP herum. Noch.

1879 Abstimmungen analysiert

Die Grundlage der Analyse des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich bilden alle 1879 Abstimmungen im Nationalrat in der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode, die eindeutig einer vorberatenden Kommission zugeteilt werden können. Mittels eines statistischen Modells wurden pro Themengebiete die Positionen der Nationalräte im Verhältnis zueinander berechnet. Dabei gibt es eine Bandbreite der Unsicherheit, die mitberücksichtigt wird. Aus den Werten der individuellen Nationalräten und Nationalrätinnen werden dann die Mittelwerte der Parteien berechnet. (hwe)

Mehr Informationen zur Studie finden Sie auf unserer Website.

«Was die anderen Parteien machen, ist nicht vertrauensbildend»

Fraktionschefin Tiana Angelina Moser versucht, ihre Grünliberalen als letzte proeuropäische Kraft im Land zu positionieren.

Frau Moser, welche Reaktionen erhielten Sie auf Ihre europäische Liebeserklärung, die Sie am Samstag vor den Delegierten der GLP gehalten haben? Fast ausnehmend positive. Der Tenor: Endlich sagt es mal jemand. Nach der absurden Eskalationsspirale in diesem Sommer war es der richtige Zeitpunkt, um unsere bisherige Haltung wieder neu ins Gedächtnis zu rufen. Bis vor ein paar Jahren gab es in der Schweiz eine breite Allianz, die gegen den konservativen Isolationismus der SVP angeknüpft hat. Davon ist heute nicht viel übrig. Die SP hat sich gemeinsam mit den Gewerkschaften aus der Diskussion verabschiedet, CVP und FDP sind eingeknickt.

Sie sagen, es war der «richtige Zeitpunkt». Wie viel Taktik steckt in Ihrem Bekenntnis? Es ist unsere volle Überzeugung! Wir wollen die Bilateralen weiterentwickeln. Ohne Weiterent-

wicklung veralten die ursprünglichen, statischen Abkommen. Ohne Weiterentwicklung können wir keine neuen Abkommen mehr abschliessen. Aus staatspolitischen Gründen würde ich mir wünschen, dass sich die alte Allianz wieder zusammenfindet. Im Moment sind da nur wir.

Also doch Taktik.

Nein! Taktisch handeln die anderen Parteien, die auch vom konservativen, isolationistischen Kurs profitieren wollen, der gerade in Europa einen Aufschwung erlebt. Nicht nur rechts, auch links. Und das schwappt jetzt leider in die Schweiz. Sachpolitisch lässt sich die Entscheidung



Tiana A. Moser
Fraktionschefin der Grünliberalen im Bundeshaus.

der anderen Parteien nicht rechtfertigen. Die beschäftigen sich fast ausschliesslich damit, die Beziehungen zur EU schlechter zu machen. Und überlegen sich offensichtlich nicht, wie unsere Realität ohne diese Abkommen aussehen würde.

Das ist jetzt etwas einseitig. Die EU bockt doch genauso.

Man hat sich in vielen Bereichen gefunden, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen sind weit fortgeschritten. Am Schluss von solchen Verhandlungen bleiben immer die Knacknüsse. Das löst man nicht auf, indem man dogmatisch auf einzelnen Punkten beharrt und damit das Scheitern der gesamten Verhandlungen riskiert, so wie das Gewerkschaften jetzt mit der SP tun.

Also will die GLP die flankierenden Massnahmen opfern? Wir stehen zu Lohnschutz-Massnahmen. Wir sind aber bereit,

Lösungen zu suchen, die vom heutigen System abweichen. Gerade bei der 8-Tage-Regel gibt es Optimierungsmöglichkeiten. Niemand will in der Schweiz den Lohnschutz materiell aushöhlen. Der Bundesrat soll jetzt ohne gewerkschaftliche Denkverbote Lösungen suchen können.

Die technische Frage ist das eine. Entscheidender ist, ob die Lohnschutzmassnahmen vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) kontrolliert werden.

Ganz ehrlich: Das ist der falsche Moment, um Einzelaspekte zu diskutieren. Wir werden das beurteilen, wenn das gesamte Abkommen vorliegt. Dann machen wir eine Gesamtabwägung.

Es ist doch kein Detail, ob die Lohnschutzmassnahmen vom EuGH kontrolliert werden.

Ja. Aber konkret beurteilen lässt sich das erst, wenn wir wissen, was der EuGH kontrollieren soll.

Abgesehen davon ist der EuGH für mich kein Feindbild.

Versuchen wir es bei anderen Details: Was halten Sie von der Unionsbürgerschaft?

Meines Wissens wird die Unionsbürger-Richtlinie als Gesamtes nicht Teil des Resultats sein.

Und falls doch?

Ich mache keine Politik im Konjunktiv. Wir werden eine Gesamtabwägung des Verhandlungsergebnisses vornehmen.

Sie möchten «mehr Europa wagen». Doch wenn es konkret wird, kneifen Sie.

Nein. Wir wollen die Weiterentwicklung der Bilateralen und damit das Rahmenabkommen. Leider bearbeiten wir alles im Konjunktiv. Seit Jahren.

Bei einem schnell verhandelten Abkommen ist die Wahrscheinlichkeit einer Niederlage an der

Urne gross. Wäre der Schaden so nicht viel grösser, als wenn man noch etwas zuwartet?

Nein. Ich bin der Überzeugung, dass man mit der Bevölkerung einen offenen Dialog über unsere Beziehungen zur EU führen muss. «Lieber ein gutes Resultat als ein schnelles» ist eine Leerformel. Die anderen Parteien wollen aus wahltaktischen Gründen nicht darüber reden! So werden wir nie eine Abstimmung gewinnen. Sie haben mich zu Einzelaspekten gefragt, von denen das Resultat noch nicht vorliegt. Erst damit kann man den Dialog mit der Bevölkerung beginnen. Was die anderen Parteien machen, ist nicht vertrauensbildend. Sie schieben das ganze Thema vor sich her, als wäre es irgendeine Nebensächlichlichkeit. Man darf keine Angst vor dieser Diskussion haben. Man muss sie führen. Jetzt.

Philipp Loser